

Beschluss

Resolution: Kein Fußbreit

Gremium: Landesparteitag

Beschlussdatum: 30.11.2019

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

1 Kein Fußbreit

2 Antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt wirksam entgegentreten

3 Das Entsetzen über den rechten Terroranschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle
4 klingt nach. Wir, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt, trauern um die Opfer
5 des rechtsterroristischen Anschlags. Wir stehen an der Seite der Opfer, ihrer
6 Angehörigen und aller Betroffenen. Wir sind entsetzt über die Tatsache, dass 75
7 Jahre nach der Shoah in unserem Bundesland jüdisches Leben zum Ziel eines
8 geplanten Terroraktes wurde. Doch nach Betroffenheit und Trauer müssen nun Taten
9 folgen. So konkret und real, wie die Bedrohung und Gefahr des Rechtsterrorismus
10 sind, muss die Gegenwehr der demokratischen Gesellschaft sein.

11 Wir teilen und unterstützen ausdrücklich den „Aktionsplan gegen Antisemitismus
12 und Hasskriminalität“ unserer bündnisgrünen Landtagsfraktion vom 17. Oktober
13 2019. Antisemitische, rassistische und demokratiefeindliche Taten müssen
14 konsequent verfolgt und geahndet werden. Der Schutz von besonders gefährdeten
15 Einrichtungen und Personen ist zu gewährleisten. Der aktive Einsatz gegen
16 Menschenfeindlichkeit, rechten Terror und Hass muss selbstverständliches
17 Anliegen staatlicher und gesellschaftlicher Akteure bleiben. Politische Bildung
18 und Demokratiebildung sind als starke Säule im Kampf gegen Menschenfeindlichkeit
19 unverzichtbar.

20 Wir unterstützen Initiativen und Vereine in Sachsen-Anhalt, die den
21 demokratischen Grundkonsens verteidigen, extrem rechte Strukturen aufdecken und
22 für unsere moderne offene Gesellschaft eintreten. Wir fordern eine verlässliche,
23 auskömmliche und verbindliche Förderung für die Akteure in den Bereichen
24 Demokratiebildung, Hass- und Gewaltprävention sowie Opferberatung und
25 zivilgesellschaftliches Engagement.

26 Wir werben um ein Zusammenstehen. Um ein gemeinsames und immer wieder mit Leben
27 erfülltes Bekenntnis aller Demokrat*innen zur Verfassung unserer Republik. Wir
28 werden für die Rückkehr der Selbstverständlichkeit demokratischer Kultur in
29 unsere Parlamente streiten. Der Gewalt der Worte, wie sie zum Beispiel die
30 rechtsextreme AfD in die Stadträte, Kreis- und Landtage und den Bundestag trägt,
31 treten wir entschieden entgegen. Die von ihnen beförderte Verrohung des
32 politischen Diskurses ist Ausdruck und Auswuchs der Verschiebung
33 gesellschaftlicher Normen und sie ist Nährboden für rechte Gewalt und
34 Bedrohungen. Wir werden immer wieder auf diesen Kontext hinweisen und drängen
35 auf eine Beobachtung dieser Partei und ihres Umfeldes durch den

36 Verfassungsschutz. Mit solchen geistigen Brandstiftern kann es für alle
37 Demokrat*innen keine gemeinsame Sache geben.

38 Die Zunahme antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt und Bedrohung –
39 der Anschlag von Halle ist besonders herausragend aber bei weitem kein
40 Einzelfall – zwingen wie auch die Wahlerfolge der rechtsextremen AfD alle
41 Demokrat*innen zum Handeln. Wo eine solche Partei unter Führung eines Faschisten
42 fast ein Viertel der Bevölkerung erreicht müssen wir gemeinsam Antworten finden
43 – schon aus historischer Verantwortung.

44 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt stehen fest an der Seite von Opfern
45 antisemitischer, rassistischer und rechtsextrem motivierter Gewalt. Wir wollen
46 Schutz und Gerechtigkeit für diejenigen, die angegriffen werden. Und wir setzen
47 uns für eine gesellschaftliche Stimmung ein, die gesonderte Schutzmaßnahmen
48 überflüssig macht.

49 Kein Fußbreit für Menschenfeindlichkeit! Kein Fußbreit dem neuen Faschismus!